Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums der Justiz und für Europa

Schutz des Vermögens pflegebedürftiger Menschen vor Straftätern

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie groß sie das jährliche vererbte Vermögen in Baden-Württemberg in den Jahren 2018 und 2019 schätzt, soweit möglich unter Hinweis auf statistische Erhebungen oder Einnahmen aus der Erbschaftssteuer;
2. über den landesweiten Stand der Anfechtungen wegen Erbunwürdigkeit nach § 2342 BGB, soweit dazu statistische Erhebungen vorliegen möglichst unter Differenzierung nach Gerichtsbezirk, der Gründe für die Erbunwürdigkeit gemäß § 2339 Absatz 1 BGB, der Verfahrensausgänge, der Position der Anfechtenden im Sinne der §§ 1924 bis 1926 und 1928 BGB, gegebenenfalls unter Angabe der rechtlichen Stellung beziehungsweise persönlichen Beziehung des Begünstigten zum Erblasser zu berichten;
3. welche Erkenntnisse ihr über eine missbräuchliche Verwendung von General- und Vorsorgevollmachten im Land vorliegen, möglichst unter Heranziehung statistischer Erhebungen, zumindest aber unter Einbeziehung von den ihr bekannten Fällen;
4. über den Umfang der ihr bekannten Strafverfahren seit dem Jahr 2014, denen Konstellationen zugrunde lagen, in denen die Täter auf strafrechtlich erhebliche Weise aufgrund altersbedingt eingeschränkter geistiger Fähigkeiten der Geschädigten zu deren Lebzeiten oder nach deren Ableben sich an deren Vermögen bereicherten (umgangssprachlich und im weiteren Verlauf dieses Antrags abgekürzt als „Erbschleicherei“), soweit möglich unter Benennung des Straftatbestandes, des Gerichtsbezirks, der Verfahrensausgänge, gegebenenfalls unter Angabe der rechtlichen Stellung beziehungsweise persönlichen Beziehung des Begünstigten zum Erblasser, Höhe des Gesamtschadens;

5. soweit ihr konkrete Zahlen zur Beurteilung der Problematik der Erbschleicherei im Land fehlen sollten, für wie bedeutsam sie dieses Problem im Land erachtet, auch unter Darlegung der maßgeblichen Erwägungsgründe hierfür;
6. welche Begehungsarten und Tätergruppen sie in den Fällen der Erbschleicherei als relevant erachtet;
7. welche Fälle von Erbschleicherei in stationären Einrichtungen und ambulant betreuten Wohngemeinschaften für ältere oder pflegebedürftige Menschen sowie bei Pflegediensten und anderen Betreuungskräften ihr seit 2014 bekannt wurden;
8. welche die Kontrollmechanismen zur Vorbeugung von Erbschleicherei bei Unternehmen und privaten Personen aus dem Bereich der Altenpflege bestehen;
9. wie viele Fälle es seit 2014 gab, zumindest anhand einer Schätzung, in denen eine Ausnahmegenehmigung vom Erbverbot nach § 16 Absatz 5 WTPG begehrt wurde;
10. wie sie eine mögliche Ausweitung des Leistungsannahmeverbots von § 16 WTPG auf andere Berufsgruppen aus dem Bereich der Altenpflege, etwa mobile Pflegedienste, Betreuungskräfte und häusliche Pflege, erachtet;
11. mit welchen Maßnahmen das Land Baden-Württemberg der Erbschleicherei bislang entgegengetreten ist, jedenfalls unter Benennung der federführenden Behörde, des Zeitpunktes und weiterer geplanter Maßnahmen;
12. welche staatlichen und privaten Anlaufstellen den Betroffenen und möglichen Opfern von Erbschleicherei zur Verfügung stehen;
13. ob die Polizei für den Umgang mit Fällen in besonderer Weise geschult wird, insbesondere für den Umgang mit Fällen, in denen Dritte sich an sie wenden, um über Fälle von möglicher Erbschleicherei, auch unter Isolation der Geschädigten, zu berichten;
14. welche gesetzgeberischen Korrekturen sie zum Schutz älterer Menschen vor Erbschleichern für sinnvoll erachtet;
15. inwiefern sie eine gesonderte Erfassung der Straftaten gegenüber älteren beziehungsweise hilfsbedürftigen Personen, beispielsweise auch in Form eines Lagebildes, als sinnvoll erachtet.

18. 02. 2020

Weinmann, Keck, Dr. Rülke, Haußmann, Brauer, Dr. Timm Kern,
Hoher, Reich-Gutjahr, Dr. Schweickert, Dr. Goll FDP/DVP

Begründung

Während die Sensibilisierung älterer Menschen vor Enkeltrickbetrügern, falschen Polizisten u. ä. verhältnismäßig oft erfolgt, scheint über Fälle aus einem besonderen Näheverhältnis zwischen geschädigter Person und der Pflegekraft recht wenig bekannt zu sein. Dabei offenbaren gelegentliche Medienberichte, dass es in diesen Fällen stets um erhebliche Vermögenswerte geht. Mit diesem Antrag soll ermittelt werden, wie groß dieses Phänomen im Land ist und an welcher Stelle es Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes älterer Menschen gibt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. März 2020 nimmt das Ministerium der Justiz und für Europa im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Soziales und Integration und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. wie groß sie das jährliche vererbte Vermögen in Baden-Württemberg in den Jahren 2018 und 2019 schätzt, soweit möglich unter Hinweis auf statistische Erhebungen oder Einnahmen aus der Erbschaftsteuer;

Zu 1.:

Statistische Erhebungen und Schätzungen zum gesamten vererbten Vermögen in Baden-Württemberg liegen der Landesregierung nicht vor. Weder die Anzahl der Erbschaften noch das Volumen des gesamten vererbten Vermögens werden in der amtlichen Statistik erhoben.

Lediglich die in der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik erfassten Nachlassfälle können quantifiziert werden. In Anbetracht von hohen persönlichen Freibeträgen von 400.000 Euro pro Kind dürfte nur ein geringer Anteil der tatsächlichen Erbschaften steuerlich erfasst werden. So stehen in den vergangenen Jahren jeweils mehr als 100.000 gestorbenen Menschen im Land in der aktuellsten Erbschaftsteuerstatistik für das Jahr 2018 weniger als 10.000 Erbschaftsteuerfälle gegenüber. Dokumentiert wird dabei die Anzahl der steuerlich erfassten Erben (nicht der Erblasser), für die im Jahr 2018 erstmals eine Erbschaftsteuerfestsetzung vorgenommen wurde. In diesen Erbschaftsteuerfällen wurden insgesamt Nachlassgegenstände im Wert von rund 15,1 Mrd. Euro erfasst. Nach Abzug der Nachlassverbindlichkeiten wurde insgesamt ein Reinnachlass von rund 14,0 Mrd. Euro der Besteuerung zugrunde gelegt.

2. über den landesweiten Stand der Anfechtungen wegen Erbunwürdigkeit nach § 2342 BGB, soweit dazu statistische Erhebungen vorliegen möglichst unter Differenzierung nach Gerichtsbezirk, der Gründe für die Erbunwürdigkeit gemäß § 2339 Absatz 1 BGB, der Verfahrensausgänge, der Position der Anfechtenden im Sinne der §§ 1924 bis 1926 und 1928 BGB, gegebenenfalls unter Angabe der rechtlichen Stellung beziehungsweise persönlichen Beziehung des Begünstigten zum Erblasser zu berichten;

Zu 2.:

Nach der bundeseinheitlichen Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Zivilsachen (ZP-Statistik) werden Anfechtungsklagen nach § 2342 BGB unter keinem eigenen Sachgebietsschlüssel erhoben, so dass Einzeldaten nicht zur Verfügung stehen.

3. welche Erkenntnisse ihr über eine missbräuchliche Verwendung von General- und Vorsorgevollmachten im Land vorliegen, möglichst unter Heranziehung statistischer Erhebungen, zumindest aber unter Einbeziehung von den ihr bekannten Fällen;

Zu 3.:

Der Landesregierung ist unter anderem aus Gesprächen mit Vertretern der gerichtlichen Praxis bekannt, dass es in Einzelfällen zu missbräuchlichen Verwendungen von General- und Vorsorgevollmachten kommt. Zahlen hierzu liegen jedoch nicht vor. Entsprechende Erhebungen wären nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich. Denn die Frage, ob ein bestimmtes Vertreterhandeln missbräuchlich ist oder nicht, kann stets nur unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls entschieden werden.

4. über den Umfang der ihr bekannten Strafverfahren seit dem Jahr 2014, denen Konstellationen zugrunde lagen, in denen die Täter auf strafrechtlich erhebliche Weise aufgrund altersbedingt eingeschränkter geistiger Fähigkeiten der Geschädigten zu deren Lebzeiten oder nach deren Ableben sich an deren Vermögen bereicherten (umgangssprachlich und im weiteren Verlauf dieses Antrags abgekürzt als „Erbschleicherei“), soweit möglich unter Benennung des Straftatbestandes, des Gerichtsbezirks, der Verfahrensausgänge, gegebenenfalls unter Angabe der rechtlichen Stellung beziehungsweise persönlichen Beziehung des Begünstigten zum Erblasser, Höhe des Gesamtschadens;

Zu 4.:

Mit dem Begriff der „Erbschleicherei“ wird im allgemeinen Sprachgebrauch ein Verhalten gekennzeichnet, wonach jemand durch unlauteres Verhalten zu erreichen sucht, als Erbe eingesetzt zu werden. Dieses Verhalten muss nicht zwingend rechtswidrig oder gar strafbar sein. So mag eine Person, die sich in der Hoffnung auf eine Erbeinsetzung in besonders intensiver Weise um einen älteren Menschen kümmert, als „Erbschleicher“ angesehen werden. Strafbar ist dieses Verhalten als solches aber nicht.

Straftaten, die als „Erbschleicherei“ bezeichnet werden können, weil sie darauf abzielen, dass sich der Täter in strafbarer Weise eine Erbschaft oder Teile davon verschaffen will oder tatsächlich verschafft, beispielsweise durch Nötigung, Betrug, Diebstahl vor oder nach dem Tod des Erblassers oder gar Mord zu seinem Nachteil, unterscheiden sich von anderen, denselben Straftatbestand erfüllenden Straftaten durch das Motiv des Täters. Die Statistiken der Justiz differenzieren aber grundsätzlich nur nach den gesetzlichen Tatbeständen, nicht nach den hinter der Tat stehenden Motiven des Täters. Deshalb lässt sich nicht feststellen, wie viele Strafverfahren oder wie viele Verurteilungen Verhaltensweisen betreffen, die als „Erbschleicherei“ bezeichnet werden könnten.

5. soweit ihr konkrete Zahlen zur Beurteilung der Problematik der Erbschleicherei im Land fehlen sollten, für wie bedeutsam sie dieses Problem im Land erachtet, auch unter Darlegung der maßgeblichen Erwägungsgründe hierfür;

Zu 5.:

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die Fallerfassung erfolgt nach den „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) liegen für das Phänomen der sogenannten „Erbschleicherei“ nicht vor, da Erbschleicherei als solches keinen eigenen Straftatbestand darstellt (vgl. Ausführungen zu Frage 4). In Ermangelung einschlägiger Erfassungsparameter sind entsprechende zielgerichtete Recherchen, etwa in den PKS-Deliktsfeldern des Betrugs und der Unterschlagung, nicht möglich.

Darüber hinaus wurden dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion bei der Auswertung des Kriminalpolizeilichen Meldedienst (KPMD) und der Kriminalitätslageanalyse in den vergangenen zwölf Monaten kein einschlägiger Fall bekannt.

Sofern Verdachtsfälle auf Straftaten zur unrechtmäßigen Erlangung von Vermögenswerten unter der Ausnutzung von Pflegeverhältnissen polizeilich bekannt werden, stehen bei den regionalen Polizeipräsidien flächendeckend fachlich zuständige Organisationseinheiten mit spezialisierten Ermittlerinnen und Ermittlern zur Verfügung, um die erforderlichen Ermittlungsmaßnahmen durchzuführen.

6. welche Begehungsarten und Tätergruppen sie in den Fällen der Erbschleicherei als relevant erachtet;

Zu 6.:

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen. Entsprechend der Fragestellung können insbesondere Betrugs-, Untreue- und Unterschlagungshandlungen sowie Diebstahlsdelikte im konkreten Einzelfall erfüllt sein. Als potentielle Täter können dabei Personen im unmittelbaren Umfeld von pflegebedürftigen Menschen in Betracht kommen, wie beispielsweise Angehörige sowie Pflege- und Betreuungskräfte.

7. welche Fälle von Erbschleicherei in stationären Einrichtungen und ambulant betreuten Wohngemeinschaften für ältere oder pflegebedürftige Menschen sowie bei Pflegediensten und anderen Betreuungskräften ihr seit 2014 bekannt wurden;

Zu 7.:

Eine Umfrage bei den unteren Heimaufsichtsbehörden in Baden-Württemberg für den dem Heimrecht unterfallenden Bereich hat Folgendes ergeben:

Seit 2014 ist ein Fall bekannt geworden, in dem ein Betreuer sich als Erbe einer Heimbewohnerin einsetzen ließ. Die Heimbewohnerin war dement. Da gesetzliche Betreuer durch das Betreuungsgericht kontrolliert werden, wurde der Fall bekannt und es konnten Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Im Übrigen wird hinsichtlich denkbaren weiteren Fällen von „Erbschleicherei“ durch rechtliche Betreuerinnen und Betreuer auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

In einem weiteren Fall steht eine Hauswirtschaftshelferin unter Verdacht, einen nicht unerheblichen fünfstelligen Betrag von einem Bewohner einer stationären Pflegeeinrichtung ohne Einholung einer Genehmigung erhalten zu haben.

Eine Heimaufsichtsbehörde hat zudem aktuell einen Fall zur Prüfung, in dem es den Vorwurf der Erbschleicherei gibt. Allerdings bestehen nach dortiger Prüfung bislang keine konkreten Anhaltspunkte, die einen Verstoß gegen § 16 des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG) zweifelsfrei bestätigen.

Nachdem die Pflegedienste nicht der Kontrolle durch die Heimaufsichtsbehörden unterliegen, sind dem Ministerium für Soziales und Integration keine Fälle von Erbschleicherei bei Pflegediensten oder anderen Betreuungskräften bekannt.

8. welche die Kontrollmechanismen zur Vorbeugung von Erbschleicherei bei Unternehmen und privaten Personen aus dem Bereich der Altenpflege bestehen;

Zu 8.:

Für stationäre Einrichtungen und ambulant betreute Wohngemeinschaften greifen die Regelungen des § 16 WTPG. Der ambulante Bereich unterliegt nicht der Kontrolle durch die Heimaufsichtsbehörden.

9. wie viele Fälle es seit 2014 gab, zumindest anhand einer Schätzung, in denen eine Ausnahmegenehmigung vom Erbverbot nach § 16 Absatz 5 WTPG begehrt wurde;

Zu 9.:

Nach den Rückmeldungen der unteren Heimaufsichtsbehörden wurde in rund zehn Fällen eine entsprechende Ausnahmegenehmigung begehrt.

10. wie sie eine mögliche Ausweitung des Leistungsannahmeverbots von § 16 WTPG auf andere Berufsgruppen aus dem Bereich der Altenpflege, etwa mobile Pflegedienste, Betreuungskräfte und häusliche Pflege, erachtet;

Zu 10.:

Dem Land Baden-Württemberg steht nach Artikel 70 Absatz 1 i. V. m. Art. 74 Absatz 1 Nummer 7 GG die Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht zu. Auf dieser Grundlage hat das Land § 16 WTPG erlassen, der ein Verbot der Leistungsannahme in stationären Pflegeheimen und ambulant betreuten Wohngemeinschaften regelt. Für eine Ausweitung der Regelungen auf nicht dem Heimrecht unterfallende Bereiche, wie beispielsweise die häusliche Pflege, fehlt dem Land die Gesetzgebungskompetenz.

Die Einführung einer § 16 WTPG entsprechenden Vorschrift auf Bundesebene war Gegenstand der Erörterungen im Rahmen des im Juni 2018 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) initiierten interdisziplinären Diskussionsprozesses „Selbstbestimmung und Qualität im Betreuungsrecht“. Nachdem dieser – bereits in Form eines möglichen Gesetzestextes vorliegende, allerdings zunächst auf die Leistungsannahme durch Berufsbetreuer beschränkte – Vorschlag von den Vertretern der Praxis, den berührten Interessenverbänden und den Landesjustizverwaltungen – einschließlich der auf Fachebene teilnehmenden Vertreter des Ministeriums der Justiz und für Europa – durchweg positiv bewertet worden ist, erwartet die Landesregierung, dass er sich in dem vom BMJV für das erste Halbjahr 2020 angekündigten Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform des Betreuungs- und Vormundschaftsrechts wiederfinden wird.

Hinsichtlich einer weitergehenden Ausdehnung des Leistungsannahmeverbots auf ehrenamtliche Betreuer sowie ambulante Leistungserbringer und deren Mitarbeiter existiert innerhalb der Landesregierung noch keine abgestimmte Position.

11. mit welchen Maßnahmen das Land Baden-Württemberg der Erbschleicherei bislang begegnet ist, jedenfalls unter Benennung der federführenden Behörde, des Zeitpunktes und weiterer geplanter Maßnahmen;

Zu 11.:

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen sind Teil polizeilicher Präventionsarbeit. Im Jahr 2019 führte die Polizei Baden-Württemberg insgesamt 1.791 Präventionsveranstaltungen für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren durch und erreichte hierbei rund 51.000 Menschen. Bei diesen Veranstaltungen informiert sie bedarfsorientiert über zielgruppenspezifische Themen und aktuelle Kriminalitätsphänomene wie beispielsweise unterschiedliche Betrugsdelikte. Verschiedene Präventionsmedien wie die Broschüre des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) „Gut beraten im hohen Alter“, die das Thema „Vollmachtmissbrauch“ explizit aufgreift, ergänzen das Angebot. Zudem informiert ProPK auf seiner Internetseite www.polizei-beratung.de ausführlich über diese Thematik und gibt entsprechende Verhaltenshinweise.

Darüber hinaus bietet § 16 WTPG einen wirkungsvollen Schutz vor Erbschleicherei in stationären Einrichtungen und ambulant betreuten Wohngemeinschaften. Weitere diesbezügliche Maßnahmen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant.

12. welche staatlichen und privaten Anlaufstellen den Betroffenen und möglichen Opfern von Erbschleicherei zur Verfügung stehen;

Zu 12.:

Den Opfern und Betroffenen von Erbschleicherei stehen die allgemeinen Beratungsstellen für Opfer von Straftaten zur Verfügung. Spezielle Anlaufstellen für Opfer von Erbschleicherei sind im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europa nicht bekannt.

Opfern von Straftaten wird, insbesondere auch bei einem entsprechenden Informationsbedarf, von der Polizei die sogenannte Opferschutzbrochure („Opferschutz – Tipps und Hinweise Ihrer Polizei“, 9. Auflage, 2018) ausgehändigt. Sie hält Informationen über den Ablauf des Strafverfahrens bereit und informiert über Opferrechte sowie bestehende Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten. So können beispielsweise über eine Online Datenbank ODABS (www.odabs.de) Betroffene von Straftaten anhand bestimmter Suchkriterien auf ihre persönlichen Umstände abgestimmte Opferhilfeeinrichtungen in der Nähe finden.

Um die Vermittlung an Hilfs- und Beratungseinrichtungen im Bedarfsfall möglichst schnell und unbürokratisch umsetzen zu können, hat das Innenministerium Baden-Württemberg mit dem WEISSEN RING im Jahr 2015 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Entsprechende Informationen der Polizei zum Opferschutz sind auch auf der Internetseite www.polizei-beratung.de hinterlegt. Auf www.polizei-bw.de werden die Broschüre „Opferschutz – Tipps und Hinweise Ihrer Polizei“, das „Merkblatt für Opfer von Straftaten“ sowie weitere Medien zum Thema in digitaler Form, bereitgestellt.

Darüber hinaus bietet die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg Verbraucherinnen und Verbrauchern Beratungsgespräche zum Erteilen von Vollmachten sowie zum Erstellen von Patientenverfügungen an. So kann bereits im Voraus ein Beitrag zum Schutz des Vermögens pflegebedürftiger Menschen geleistet werden.

13. ob die Polizei für den Umgang mit Fällen in besonderer Weise geschult wird, insbesondere für den Umgang mit Fällen, in denen Dritte sich an sie wenden, um über Fälle von möglicher Erbschleicherei, auch unter Isolation der Geschädigten, zu berichten;

Zu 13.:

Sofern der Polizei Baden-Württemberg Hinweise auf Straftaten bekannt werden, trifft sie ausgerichtet an den Umständen des Einzelfalls die erforderlichen Maßnahmen der Strafverfolgung und gegebenenfalls der Gefahrenabwehr. Dies gilt unabhängig davon, ob die Polizei über die Geschädigten selbst oder etwaige Dritte Kenntnis von einem Sachverhalt erlangt.

Im Rahmen der Ausbildung für den mittleren und der Vorausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst werden die angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit dem notwendigen Grundlagenwissen versehen, um gegen entsprechende Fälle vorzugehen. Neben der Vermittlung des kriminalistischen Grundwerkzeugs zur Verdachtsgewinnung werden die gegebenenfalls einschlägigen Delikte des Betrugs und der Urkundenfälschung behandelt.

Im Rahmen des Bachelorstudiums für den gehobenen Polizeivollzugsdienst werden die Kenntnisse der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vertieft und erweitert. Im Bereich des Strafrechts wird im Rahmen der Lehrveranstaltung Vermögenskriminalität auch auf weiter infrage kommende Delikte wie die mittelbare Falschbeurkundung, die Urkundenunterdrückung und die Untreue eingegangen. Darüber hinaus wird im Bereich der Sozialwissenschaften dezidiert auf die Thematik Demenz und dementielle Erkrankungen, welche auch im Zusammenhang mit „Erbschleicherei“ eine Rolle spielen können, eingegangen.

Schwerwiegende Vermögensdelikte, auch soweit diese umgangssprachlich unter den Begriff der „Erbschleicherei“ gefasst werden, werden in der Regel durch die Spezialisten der Kriminalinspektionen für Wirtschaftskriminalität bearbeitet. Diese werden im Bereich der Fortbildungskonzeption für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Bereich der Wirtschaftskriminalität auf die teilweise äußerst umfangreiche Beweisführung in Fällen der „Erbschleicherei“ vorbereitet. In diesem Kontext beschäftigen sie sich gezielt auch mit der missbräuchlichen Verwendung erlangter Gelder zum Nachteil der gesetzlichen Erben.

14. welche gesetzgeberischen Korrekturen sie zum Schutz älterer Menschen vor Erbschleichern für sinnvoll erachtet;

Zu 14.:

Im strafrechtlichen Bereich sieht das Ministerium der Justiz und für Europa keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Auch aus polizeilicher Sicht werden derzeit keine Änderungen im Bereich der Strafgesetzgebung, etwa der Vermögensdelikte, für erforderlich erachtet.

Zudem bietet § 16 WTPG einen wirkungsvollen Schutz vor Erbschleicherei in stationären Einrichtungen und ambulant betreuten Wohngemeinschaften. Gesetzgeberische Korrekturen sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht geplant. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

15. inwiefern sie eine gesonderte Erfassung der Straftaten gegenüber älteren beziehungsweise hilfsbedürftigen Personen, beispielsweise auch in Form eines Lagebildes, als sinnvoll erachtet.

Zu 15.:

Polizeiliche Lagebilddarstellungen basieren auf der Bewertung der entsprechenden Melde- und Datenlagen aus polizeilichen Erkenntnisquellen.

Zum anfragegegenständlichen Bereich liegen aktuell keine polizeilichen Erkenntnisse vor. Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

Wolf

Minister der Justiz
und für Europa